

**Pressemitteilung: Vier Pfoten
APA OTS
16.12.2008**



Vier Pfoten: Was hat die österreichische Politik gegen Tier- und Umweltschutz?

Utl.: Wirtschaftliche Schritte gegen den Tierschutz im Rahmen der Spendenabsetzbarkeit

Wien (OTS) – VIER PFOTEN ist zutiefst enttäuscht über den Ausgang des heutigen "Spendengipfels". Mit der Entscheidung, Hilfsorganisationen in zwei Klassen zu teilen wird die österreichische Zivilgesellschaft massiv geschädigt. Die steuerliche Absetzbarkeit wird verwendet, um kritische Stimmen im Tierschutz- und Umweltbereich finanziell unter Druck zu setzen.

"Die Bandbreite der Leistungen, die wir für die Tiere und die Bevölkerung erbringen, erfordert die Unterstützung unserer Spender," erklärt Josef Pfabigan, Finanzchef von VIER PFOTEN. "In Zeiten, wo Spendengelder weltwirtschaftsbedingt weniger werden, ist die politische Unterteilung in "gute" und "böse" Hilfsorganisationen in höchstem Maße unverantwortlich."

Tierschutz hat einen hohen Stellenwert in der österreichischen Gesellschaft. Mit dem Tierschutzgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, hat Österreich eine Vorreiterrolle in Europa übernommen. Allerdings gibt es noch sehr viele Bereiche, in denen Handlungsbedarf herrscht. Es ist die Aufgabe der heimischen Tierschutzorganisationen, auf Missstände hinzuweisen und Lösungsvorschläge für Probleme zu bieten. Gleichzeitig werden Spendengelder in Tierheime, Auffangstationen und Beratungsaufgaben investiert – Institutionen, die ohne Spendengelder nicht haltbar wären.

Mit diesem Schritt wird die effektive Arbeit von "Non-Governmental-Organisations (NGO's) mit politischen Mitteln bekämpft. Es wird gegen Organisationen vorgegangen, die aktuellen wirtschaftlichen oder politischen Entwicklungen manchmal kritisch gegenüberstehen. Die Möglichkeit des legalen Protests und Widerstand gegen Ungerechtigkeit ist allerdings die Basis einer modernen Demokratie.

Wenn Spender mittels steuerlichen Begünstigungen aufgefordert werden, nur für bestimmte Hilfsorganisationen zu spenden, ist das eine Verletzung der Demokratie. Das dies mit Absicht geschieht erkennt man auch an der Aussage von Finanzminister Josef Pröll gegenüber der APA im Anschluss an den Spendengipfel: "Ich sehe nicht die Notwendigkeit Steuergelder dorthin zu lenken, wo durch Aktionismus, durch Demonstrationen gute Lobbyingarbeit geleistet wird".

Mit dieser Entscheidung hat Finanzminister Pröll, mit Unterstützung der SPÖ, die österreichische Zivilgesellschaft um Jahre zurückgeworfen. VIER PFOTEN hofft, dass es zu einem raschen Umdenken innerhalb der Regierung kommt – bevor Tier- und Umweltschutz, und damit die Republik Österreich, nachhaltig geschädigt wird.

Rückfragehinweis:

Dylan Whiting
Pressesprecher VIER PFOTEN
Tel: 0664 308 63 03